

Antrag zur Sitzung des Student_innenRates am 02.02.2016

Antrag:

Der Student_innenRat Leipzig spricht sich gegen das Deutschlandstipendium als Modell der Studienfinanzierung aus und fordert stattdessen eine sozialgerechte, flächendeckende und dauerhafte Ausfinanzierung von Studium, Lehre und Forschung.

Dafür führen der StuRa und die Fachschäftsräte die Diskussion um bildungspolitische Fragen aktiv fort (z.B. auf selbstorganisierten Veranstaltungen, auf den eigenen Sitzungen, in den einzelnen Gremien...), um Forderungen an die Hochschulleitung, sowie die Landes- und Bundesministerien weiter ausdifferenzieren und letztlich wirksam machen zu können.

Antragsbegründung:

"Deutschland braucht leistungsfähigen Nachwuchs. Deshalb unterstützen der Bund und private Förderer die Spitzenkräfte von morgen. Zusammen setzen wir uns dafür ein, dass leistungsstarke Studierende ihr Potenzial ausschöpfen. Damit investieren wir in die Zukunft Deutschlands." (aus dem Selbstverständnis des Deutschlandstipendiums www.deutschlandstipendium.de)

Das Deutschlandstipendium ist in unseren Augen Ausdruck einer fehlgeleiteten Bildungs- und Hochschulpolitik. Zum einen soll das Deutschlandstipendium sogenannte "Eliten" fördern, was der Vorstellung einer *Uni für alle* widerspricht. Die Vergabe erfolgt in erster Linie nach den erbrachten, quantifizierbaren Studienleistungen und nicht nach dem Bedarf an Unterstützung, z.B. aufgrund stark begrenzter finanzieller Möglichkeiten, sozialer Unterdrückungserfahrungen oder sonstigen gesellschaftlich bedingten Benachteiligungen. Besonders gravierend scheint uns, dass die Vergabe einzelner Stipendien hier einer Erhöhung des allgemeinen BAföG-Satzes vorgezogen wird. Statt die soziale Öffnung der Hochschulen durch den Ausgleich materieller Nachteile zu ermöglichen und die Studienfinanzierung nach den sozialen Bedürfnissen aller Studierenden auszurichten, manifestiert sich erneut die Ideologie der "Leistungsträger_in".

Auch die Konzentration von Begünstigten des Deutschlandstipendiums in bestimmten Fachbereichen ist mindestens heikel. So gehen 3 von 4 Stipendien an die MINT-Fächer oder Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Ein_e private_r Geldgeber_in bestimmt i.d.R. ein festes Fach, in das ihre Hälfte der Finanzierung des Stipendiums gehen soll. Die andere Hälfte des Stipendiengelds wird aus öffentlichen Geldern finanziert. Das bedeutet, dass private Geldgeber hier de facto darüber entscheiden, wann und in welches Fach staatliche Mittel fließen werden. An einer Ineffizienz des Deutschlandstipendiums übte sogar der Bundesrechnungshof Kritik: Dieser hatte 2014 festgestellt, dass eine Weiterführung dieser Stipendien kaum zu rechtfertigen sei, da ein Großteil der vom Bund bereitgestellten Gelder gar nicht für Stipendien abgerufen wird, sondern an den Bundeshaushalt zurück fließt. Hinzu kommen sehr hohe Verwaltungskosten von jährlich mehr als 20%, die der Bundesrechnungshof als Zeichen eines ungünstigen Verhältnisses zwischen Aufwand und Nutzen wertet. Trotz der bereits von acht auf zwei Prozent hinunter korrigierten vom Bildungsministerium

angestrebten Förderquote unter deutschen Studierenden, steht diese unverändert bei unter einem Prozent. Das Deutschlandstipendium scheitert vier Jahre nach seiner Einführung also sogar an den eigenen Ansprüchen.

"Deutschland verdankt seinen Wohlstand, seine gute wirtschaftliche Entwicklung und seine Innovationskraft vor allem den vielen hervorragend ausgebildeten Fachkräften, die hier arbeiten. Ihr vielseitiges Wissen, ihre Ideen und ihre Leistungsbereitschaft sichern uns im globalen Wettbewerb eine gute Ausgangslage. Aber auf diesen Erfolgen dürfen wir uns nicht ausruhen. Angesichts des demografischen Wandels bei uns und des wachsenden Wettbewerbs überall auf der Welt kommt der gezielten Spitzenförderung junger Talente eine immer größere Bedeutung zu." (ebd.)

Das Märchen vom trickle-down-Effekt dient leider immer wieder zur Rechtfertigung von sozialen Ungleichheiten und der Privilegierung einzelner Personen(-gruppen). Die Finanzierung von Bildung sollte unserer Meinung nach nicht an der globalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen ausgerichtet sein, sondern danach, wie möglichst viele Menschen materiell gleichberechtigt lernen und forschen können. Dabei wird angesichts der weiter wachsenden Zahl an Studierenden, gerade auch in Leipzig, die Frage nach einem flächendeckenden, bedarfsgerechten Finanzierungskonzept für Studium und Forschung immer drängender. Die verfasste Studierendenschaft sollte sich dieser Frage annehmen und mit eigenen Vorschläge in die Debatte eingreifen. Das Ziel sollte eine Öffnung der Hochschulen sein, so dass jede_r die Möglichkeit wahrnehmen kann zu studieren, ungeachtet des sozialen, ökonomischen oder geographischen Hintergrunds. Die Studienwahl sollte dabei auch unabhängig von Zwängen wirtschaftlicher Verwertbarkeit stattfinden. Studium, Lehre und Forschung müssen ihr wissenschaftliches Potenzial frei ausgestalten können und nicht durch undemokratische Leistungslogiken eingeschränkt werden, die ihren Ausdruck heute in der Regelstudienzeit, der Hochschulfinanzierung über Drittmittelprojekte, der Exzellenzinitiative, Gremien wie dem Hochschulrat oder eben der Einführung eines Deutschlandstipendiums finden. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer offeneren Uni ist es, Räume für neue Ideen, (hochschul-)politische Debatte und gegenseitige Unterstützung zu schaffen.